

Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.).

Erscheint am

1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Fernsprecher: Amt Alg. 4720.

Abonnementspreis

pro Vierteljahr M. 1.50

Nr. 2.

Berlin, den 16. Januar 1921.

53. Jahrgang.

Inhalt.

Der Gewerksverein voran! — Programm des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. — Ein Schandfleck der Arbeiterbewegung. — Auch ein Sozialisierungsvorschlag. — Soziales. — Arbeiterbewegung. — Aus dem Auslande. — Aus dem Verbands. — Literatur.

Der Gewerksverein voran!

Wer mit offenem Auge und klarem Verstande beobachtet hat, wie aus der Gärung der letzten Jahre der Gewerksvereinsgedanke stetig hervorgegangen ist, der muß und wird es als seine vornehmste Aufgabe, als seine Pflicht betrachten, diesem Gedanken in immer weitere Kreise Eingang zu verschaffen. Das gilt namentlich für die führenden Kollegen an den einzelnen Orten, die Mitglieder der Ortsverbandsvorstände, denen mit ihrem Amt auch die Verantwortung dafür übertragen ist, daß alles geschieht, was unsere Bewegung vorwärts zu bringen geeignet ist. Verschiedene in den letzten Wochen bei der Verbandsleitung eingegangene Zuschriften lassen den Schluß zu, daß darüber nicht überall die nötige Klarheit besteht, daß hier und da die Meinung vorherrscht, daß mit der Schaffung des Gewerkschaftsringes und seiner örtlichen Gruppen die Tätigkeit für den Ortsverband sich erledige. Das ist natürlich eine ganz irrige Auffassung! Die Arbeit für die Gewerksvereine muß die erste Aufgabe aller Kollegen sein. Im Anschluß daran folgt die Betätigung in der Ortsgruppe des Gewerkschaftsringes. Wer anderer Auffassung ist, der hat das Wesen und die Bedeutung des Gewerkschaftsringes noch nicht erkannt.

Die Masse der Arbeitnehmer, der Lohn- oder Gehaltsempfänger, kann man in drei Gruppen gliedern: die Handarbeitenden, die Kopfarbeitenden oder Anestellten und die Beamten oder in ähnlicher Stellung Befindlichen. Die Schwelnie zwischen den einzelnen Gruppen ist oft schwer zu ziehen. Die Entwicklung der Arbeitnehmerbewegung hat es nun mit sich gebracht, daß die Anhänger einer sozialistischen Weltanschauung sich im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der früheren Generalkommission der Gewerkschaften und in der F.F.G. die beide in einem Parteiverbände miteinander stehen, zusammengeschlossen haben. Den Gegenpol bildet der Deutsche Gewerkschaftsbund, auf christlich-nationaler Grundlage stehend, mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften an der Spitze. Zwischen beiden steht unser Gewerks-

chaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der unbedingt an der partei- und kirchenpolitischen Neutralität festhält und sich deshalb nach allen Seiten völlige Unabhängigkeit gewahrt hat. Ueber seine Zusammensetzung braucht heute hier nichts mehr gesagt zu werden. Sein Zweck ist die Durchführung aller Aufgaben, die allen Gehalts- und Lohnempfängern gemeinsam sind. Die Zentrale wird sie insbesondere den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber vertreten, die Ortsgruppen werden es den örtlichen Instanzen gegenüber tun. Damit sollte eigentlich alles gesagt sein. Dazugefügt werden muß nur noch, daß das durch die gemeinsame Arbeit bedingte Zusammengehörigkeitsgefühl auch die gegenseitige Förderung der befreundeten Organisationen zur Folge haben muß. Bedeutet doch ihre Stärkung gleichzeitig eine Stärkung des Gewerkschaftsringes und damit eine Mehrung seines Einflusses im öffentlichen Leben.

Abgesehen davon bleibt natürlich die Selbständigkeit der angeschlossenen Verbände unangetastet bestehen. Der Verband der Deutschen Gewerksvereine regelt keine Angelegenheiten selbst und hat für den Ausbau seiner Organisation selbst zu sorgen; dasselbe gilt vom Gewerkschaftsbund der Angestellten und vom Allgemeinen deutschen Eisenbahnerverband.

Wer also glaubt, daß mit der Gründung der Ortsgruppen des Gewerkschaftsringes unsere Ortsverbände überflüssig geworden seien und von der Bildfläche verschwinden könnten, der befindet sich auf dem Holzwege. Genau das Gegenteil ist richtig. Wenn wir im Gewerkschaftsring einen ausschlaggebenden Faktor bilden wollen, dann muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, die Zahl unserer Anhänger möglichst zu steigern. Je stärker wir sind, umso größer unser Einfluß. Das gilt sowohl für die Zentrale wie für die örtlichen Gruppen. Es gilt aber auch über den Rahmen des Gewerkschaftsringes hinaus für die Beziehungen mit den anderen Organisationen. Wo es sich um reine Arbeiterangelegenheiten handelt, die unter freien, christlichen Gewerkschaften und Gewerksvereinen geregelt werden, auch da werden wir umso größeres Gewicht in die Waagschale werfen können, je stärker die Zahl unserer Mitglieder ist. Also Gewinnung neuer Anhänger muß unser erstes Streben sein. Dabei aber können wir — ganz abgesehen von den zahlreichen anderen Aufgaben — die Mitarbeit der Ortsverbände nicht entbehren. Bewußt wird die Werbetätigkeit am erfolgreichsten von Berufsgenossen unter Berufsgenossen ausgeübt werden. Das bringt es mit sich, daß jeder

getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiter auf eine Milderung dieser Notlage hinwirken. Die unbefonnenen fortgesetzten Streikandrohungen dagegen scheinen nur eine Aufgabe zu haben, eine gerechte und soweit es die Verhältnisse zulassen, befriedigende Lösung der Befolungsfrage zu verhindern.

Groener.

Mag man zum Streikrecht der Beamten stehen, wie man will — dieses Telegramm scheint uns das Verschwerfste zu sein, was in der jetzigen Situation getan werden konnte. Mit den Eisenbahnern, die sich unfehlbar in einer furchtbaren Notlage und deshalb in beargwöhnlicher Erregung befinden, finden in diesen Tagen Verhandlungen statt, um möglichst zu einem Ausgleich mit ihnen zu gelangen. In solchem Augenblick muß die Verjüngung dieses Telegramms so wirken, wie wenn man Öl ins Feuer gießt. Hoffentlich zeigen die Eisenbahner mehr Zurückhaltung als ihr Chef!

Aus dem Verbands.

Das neue Jahr bringt den führenden Kollegen in den Ortsverbänden stets eine Reihe von Arbeiten, deren gewissenhafte und pünktliche Erledigung im dringendsten Interesse einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung liegt. Wo beim Jahreswechsel eine Aenderung in der Besetzung der Ortsverbandsvorstandsämter eintritt, bleiben diese Aufgaben häufig unerledigt, teils weil die neuen Kollegen nicht genügend Bescheid wissen, teils auch, weil ihnen die schon vorher zugesandten Formulare oft nicht ausgehändigt werden. Deshalb ersuchen wir dringend darum, überall darauf zu achten, daß diese alljährlich wiederkehrenden kleinen Arbeiten recht schnell ausgeführt werden.

Zunächst handelt es sich um die Ausfüllung der Formulare für die Vorstandsmitglieder, deren Ausfüllung, auch wenn die alten Kollegen wiedergewählt worden sind, schon für das Adressenverzeichnis unbedingt erforderlich ist. Dann kommen die Kassenaufschlüsse für das abgelaufene Jahr und endlich die Fragebogen über die Ortsverbandsstatistik. Diese drei Formulare sind sämtlichen Ortsverbänden in einem Kuvert zugesandt worden. Sie müssen, sobald es irgend möglich ist, ausgefüllt und zurückgeschickt werden, und zwar aus Sparanknüpfen tunlichst auch in einer Sendung. Bei den hohen Portofakten wäre es eine unverantwortliche Verschwendung, wenn Schriftführer und Kassierer gesondert ihr Formular schicken.

In kurzem Zwischenraum folgen dann die Fragebogen zur Statistik über die Materielung und Vertretung in Rechtsstreitigkeiten. Auch diese Aufgabe muß von den in Betracht kommenden Kollegen so schnell wie möglich erledigt werden, wie es denn überhaupt jeder Ortsverband als

seine vornehmste Pflicht ansehen sollte, alle von der Verbandsleitung an ihn gerichteten Anfragen auf das Prompteste zu beantworten.

Und zum Schluß noch eine recht eindringliche Mahnung, stets auf die Gründung neuer Ortsvereine bedacht zu sein, die schwächeren Ortsvereine zu unterstützen, die Agitation unter den Frauen nicht zu vernachlässigen und die Gründung von Jugendabteilungen fest ins Auge zu fassen. Wenn nach diesen Gesichtspunkten überall im neuen Jahre gearbeitet wird, dann wird es auch an Erfolgen nicht fehlen und unsere Sache um ein gutes Stück vorwärts gebracht werden.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

In Reclams Universal-Bibliothek erschienen:

Nr. 6134. Kapitalertragssteuergesetz vom 29. März 1920 und Landessteuergesetz vom 30. März 1920 für das Deutsche Reich. Textausgabe mit kurzen Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Herausgegeben von Karl Pannier, Landgerichtspräsident. Geh. M. 1,50, in Bibliothek-Band Nr. 3.

Nr. 6139-6140. Die Verfassung Deutschlands. Von G. B. F. Hegel. Mit einer Einführung und Anmerkungen von Dr. Hermann Heller. Geh. M. 3.—, in Pappband M. 4.—.

Nr. 6142. Ueber den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland. Von Friedrich List. Mit einer Einleitung von Dr. Otto Jöhlinger. (Bücher für Staatsbürgerliche Bildung.) Herausgegeben von Dr. Richard Schmidt, Prof. des Staatsrechts an der Universität Leipzig. Geh. M. 1,50, in Pappband M. 2,50.

Amtlicher Teil.

Begrüßungsliste

des Verbandes der Deutschen Gewerkschafter D. D. Quittung über eingelangte Beiträge in den Monaten November und Dezember 1920.

Brauer: Breslau M. 5,45, Fabrik- und Handarbeiter: Neuboldensleben 14,00, Rothhausen 26,36, Berlin IV 4,94, Frauen und Mädchen: Danzig 13,52, Thale 0,90, Gemeindegewerkschafter: Berlin I 9,49, Rausche: Müller Nr. 2295 4,16, Maler: Halle 17,12, Metallarbeiter: Oesels-Ohlingen 7,72, Porzellanarbeiter: Altwasser 4,55, Röhnhütte 4,16, Schneider: Berlin Nr. 173 2,35, Görlitz 9,10, Königsberg 5,46, Siegnitz 3,36, Neustadt a. O. 21,30, Potsdam 11,83, Stettin 30,03, Weberarbeiter: Duisburg 13,39, Vangendorf 52,97, Neukölln 13,13, Peiß 1,95, Kergel Nr. 1819 2,34, Wehner Nr. 3708 5,50, George Nr. 548 2,34, Tiffit Nr. 1742 4,68, Textilarbeiter: Bad Sulza 14,00, Löffler: Bitterfeld 31,59, Uckermark 22,88, Ortsverbände: Magdeburg 1,69, Nürnberg 33,00, Summa Karl 397,56.

Berlin, im Dezember 1920

H. A. Klein, Hauptkassierer.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
Druck und Verlag: Goebede u. Gallner, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

Kollege zunächst für seinen Ortsverein arbeitet und ihn zu stärken sucht. In dessen damit ist die Sache nicht erledigt. Jeder vorwärts strebende Kollege muß schon aus den kurz angeführten Gründen, auch ein Interesse daran haben, daß die Brudervereine zunehmen und vorwärtskommen. Und diese Tätigkeit stets zu beleben und in die richtigen Bahnen zu lenken, das ist Sache der Ortsverbände. Neben der Pflege des Zusammenhalts zwischen den verschiedenen Berufsvereinen und der Aufrechterhaltung und Kräftigung der Beziehungen mit der Verbandsleitung haben sie ihr Augenmerk darauf zu richten, daß alle Glieder unseres Verbandes gut gedeihen. Schwache Vereine müssen durch Rat und Tat unterstützt werden. Wie dies am zweckmäßigsten geschehen kann, das zu prüfen, ist Sache des Ortsverbandsvorstandes. Weiter liegt diesem die Gründung neuer Ortsvereine ob. Namentlich für die kleinen Gewerbevereine lassen sich vielerorts noch Ortsvereine bilden, wenn sich der Ortsverband mit dem nötigen Eifer dahintersetzt. Ein weiteres, sehr dankbares Tätigkeitsgebiet ist die Agitation unter den Frauen. Wo diese nicht ihrem Berufs-gewerbeverein zugeführt werden können, sind sie zu Ortsvereinen für unseren Gewerbeverein der Frauen und Mädchen zusammenzufassen. Hier ließe sich unseres Erachtens sehr viel tun namentlich in Hinblick auf das gewaltige Heer der Hausangestellten, von denen bisher nur ein geringer Teil einer Organisation angehört. Und dann eine weitere Aufgabe, auf die wir in den letzten Monaten immer wieder mit Nachdruck hingewiesen haben: die Gewinnung der Jugend. Die Bedeutung dieser Frage für die Zukunft unserer Organisation scheint leider nicht überall richtig gewürdigt zu werden.

Wer sich alle diese Dinge auch nur kurz einmal durch den Kopf gehen läßt, für den ist es ganz klar, daß die Ortsverbände im Aufbau unserer Verbands-gemeinschaft die wichtigste Grundlage bilden. Von einem Verzicht auf ihre Tätigkeit zugunsten der Ortsgruppen des Gewerkschaftsringes darf nun und nimmer die Rede sein. Wo diese Frage überhaupt aufgetaucht ist, da kann es unseres Erachtens nur darauf zurückzuführen sein, daß die Richtlinien des Gewerkschaftsringes noch nicht in den Händen der Kollegen im Lande draußen sind. Diesem Mangel wird in allernächster Zeit abgeholfen werden. Die Richtlinien gelangen zum Versand und werden die hier und da noch herrschende Unklarheit beseitigen. Wir müssen und wollen mit aller Energie und mit Lust und Liebe für den Gewerkschaftsring arbeiten. Unser oberster Grundsatz aber muß sein: Werbt und wirkt für die Deutschen Gewerksvereine!

Programm des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.

Aus folgenden Zuschriften sowohl an die Verbandsleitung wie an den Gewerkschaftsring geht hervor, daß über die Ziele des letzteren noch manche Unklarheit herrscht. Wir bringen deshalb in Ergänzung des vorstehenden Artikels das Programm des Gewerkschaftsringes zum Abdruck:

1. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände vereinigt Ar-

beiter-, Angestellten- und Beamtenverbände unter voller Wahrung ihrer wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Eigenart als gleichberechtigte Glieder eines Ganzen zur Förderung ihrer gemeinsamen berechtigten Interessen.

2. Der Gewerkschaftsring steht auf dem Boden der Reichsverfassung. Er will unter Ablehnung jeder Art von Diktatur und Vergeßlichkeit die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeitnehmererschaft fördern und planmäßig am Aufbau unseres Wirtschaftslebens mitarbeiten.

3. Die grundlegende Richtung des Gewerkschaftsringes ist eine vollständig-freiheitliche unter Wahrung voller Toleranz in religiösen und parteipolitischen Fragen. Er erwartet die Hebung der Lage der Arbeitnehmererschaft von klarer und zielbewusster Förderung der Interessen des deutschen Volkes gegenüber den einschränkenden Bestrebungen ausländischer Interessentenpolitik, ohne darum auf einen Austausch von Erfahrungen mit ähnlichen Verbänden im Auslande, auf die gegenseitige Förderung allgemeiner Arbeitnehmerinteressen mit dem Auslande, grundsätzlich Verzicht leisten zu wollen. Insbesondere tritt er ein für die Durchsetzung einer gleichmäßigen internationalen Arbeitnehmerschutzgesetzgebung, eines einheitlichen internationalen Arbeitsrechtes und für die Herbeiführung einer kulturfördernden Handels- und Verkehrs-politik über die Grenzen des Reiches hinaus.

4. Der Gewerkschaftsring tritt ein für einen zeitgemäßen, der wirtschaftlichen Bedeutung von Hand- und Kopfarbeit Rechnung tragenden Ausbau der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben, Behörden und in den zu schaffenden wirtschaftlichen Körperschaften aller Art, für die Schaffung eines einheitlichen und sozialen Arbeitsrechtes unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Angestellten und Beamten und für angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrage des Unternehmens. Er hält es -- bei aller notwendigen Betämpfung der Auswüchse des Kapitalismus -- für erforderlich, die persönliche Initiative und Tatkraft des Einzelnen zu fördern und jedem fähigen den Weg zum Aufstieg zu eröffnen und zu ebnen.

Der Gewerkschaftsring steht damit grundsätzlich auf dem Boden der freien Erwerbswirtschaft. Dennoch hält er eine durchgreifende Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches für notwendig, die die Uebermacht des Kapitals zum Nutzen der Allgemeinheit beschneidet und der produktiven Arbeitsleistung den ihr zukommenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens sichert. In der Ueberführung der zur Monopolisierung neigenden Wirtschaftszweige in die Gemeinwirtschaft sieht der Gewerkschaftsring ein geeignetes Mittel, jedoch nicht das alleinige Mittel hierzu.

5. Der Gewerkschaftsring fordert eine tatkräftige Fortsetzung der Sozialpolitik. Er verlangt insbesondere schärfste Betämpfung der gemeinschädlichen Geld- und Bodenspekulation, weitgehende Reform des Wohnungs- und Siedelungswesens, gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch selbsttätige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung bei entsprechenden Maßnahmen zur Festigung der Währungsverhältnisse, Ausbau der sozialen Versicherungs-gesetzgebung für Arbeiter und Angestellte unter stärkerer Beteiligung der Versicherten an der

Verwaltung sowie gesetzliche Regelung der Erwerbslosensicherung unter Beteiligung des Reiches, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und unter Schaffung zweckmäßiger Arbeitsnachweise.

6. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, die in erster Linie Aufgabe der beiderseitigen Berufsorganisationen sein muß, soll der Abschluß kollektiver Arbeitsverträge gefördert werden, bei denen auch die Minderheitsorganisationen als gleichberechtigte Vertragsparteien anerkannt werden müssen. Der Streik ist als das letzte Mittel zu betrachten, wenn die anwendbaren friedlichen Mittel zur Beilegung des Konfliktes, insbesondere die maßgebenden Schlichtungsinstanzen versagen.

7. Die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellten und Beamten) sollen durch den Gewerkschaftsring in entschiedener, dem Wohle der Gesamtheit dienender Weise auch gegenüber der Gesetzgebung vertreten werden.

8. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände unterscheidet sich vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durch die Ablehnung des Klassenkampfgedankens und die Wahrung wirklicher parteipolitischer Neutralität der ihm angeschlossenen Glieder.

Er unterscheidet sich vom Deutschen Gewerkschaftsbund durch den Grundsatz religiöser und parteipolitischer Neutralität, der ihm eine selbstverständliche Forderung ist.

Ein Scharfbrief der Arbeiterbewegung.

Die Älteren Gewerkschaftskollegen wissen es am besten, einen wie schweren und langwierigen Kampf unsere Organisation gegen den Terrorismus von links führen muß. Zum großen Teile haben sie ihn am eigenen Leibe verspüren müssen; wenn sie selbst davon verschont geblieben sind, wissen sie aus der Presse, welchen furchtbaren Bedrückungen die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften durch die eigenen Klassengenossen ausgesetzt waren. Es ist ein Zeichen starker Ueberzeugungsstärke, daß die betroffenen Kollegen trotz aller Anfeindungen bei uns geblieben sind und fest zur Fahne unserer Organisation gehalten haben. Daß in der neuen Zeit, unter der Herrschaft der Republik, die Verhältnisse sich nicht gebessert haben, ist beschämend genug und ein Zeichen für die politische Unreife breiter Massen, die bei jeder Gelegenheit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärzen, sich aber nicht scheuen, den Inhalt dieser Begriffe zu mißbrauchen, mit Füßen zu trampeln.

Allerdings ein gewisser Wandel ist eingetreten. Mancher von denen, die früher an den Gewerkschaften ihr Machtgefühl zu betätigen sich geliebt, ist jetzt selbst ein Opfer des Terrorismus geworden und muß es sich gefallen lassen, von Arbeitskollegen, die noch vitaler sind als er und die „echte“ revolutionäre Bestimmung in Erbpacht genommen zu haben verneinen, in derselben Weise schikaniert und drangsaliiert zu werden, wie es früher nur den Gewerkschaften gegenüber üblich war. Wenn wir schonen und schonen würden wir uns über diese Entwürdigung freuen. Als vernünftige und wirklich demokratisch denkende Menschen aber müssen wir jeden Terrorismus bedauern und verurteilen, gleichviel von wem und gegen wen er ausgeübt wird. Vielleicht aber tragen die jetzigen Verhältnisse mit

dazu bei, daß demnächst, wenn wieder ruhigere Zeiten gekommen sind, mehr Achtung und Verständnis für die Denkweise und Ueberzeugung Anderer gesinnter anzutreffen sind, als es jetzt leider der Fall ist.

Wenn man heute die Tagespresse verfolgt, namentlich die sozialdemokratische beider Richtungen, so findet man im gewerkschaftlichen Teil stets bittere Klagen über das Verhalten derjenigen Arbeiter, die noch weiter links stehen. Die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei hat den Nichtigkeitsstreit auch in die Gewerkschaften hineingetragen, und während bis vor kurzem Unabhängige und Mehrheitssozialisten um die Vorherrschaft rangen, was schon zu den unerquicklichsten Erscheinungen führte, sind jetzt die Kommunisten als dritte Partei auf dem Kampfplatz erschienen, um die Führung der Gewerkschaftsbewegung in ihre Hände zu bekommen. „Mit List und Schlaueit, unter Anwendung illegaler Methoden, unter Verschweigung der Wahrheit“ — so schreibt es ihnen wörtlich das Moskauer Gebot vor — suchen sie in den Gewerkschaften die kommunistischen Keimzellen zu schaffen, um die volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen und die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen“. Also erst die kommunistische Partei und dann als dienendes Glied die Gewerkschaft!

Zur Erreichung dieses Zieles wird kein Mittel verschmäht, und der Kampf richtet sich mit gleicher Schärfe gegen Unabhängige und Mehrheitssozialisten. Dabei leben auch diese beiden Richtungen in dauernden Reibereien, die nur dann zeitweilig unterbrochen werden, wenn der kommunistische Ansturm zu stark wird. So haben beispielsweise in Berlin bei der Wahl der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes die Mehrheitssozialisten ihre Anhänger zur Wahl der Liste der Unabhängigen aufgefordert, weil sie selbst keine Aussicht auf Erfolg hatten und nur durch das Zusammengehen beider Richtungen der Sieg der Kommunisten verhindert werden konnte. Das ist dann auch erreicht worden. Diese Wahl hat aber auch gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß die Arbeiterschaft dieser Reibereien in der Arbeiterbewegung überdrüssig ist; denn trotz Aufbietung eines gewaltigen Agitationsapparates hat sich nur etwa ein Drittel der Berliner Metallarbeiter an dieser Wahl beteiligt. Der Vorgang lehrt aber, daß es in den Gewerkschaften — denn wie im Metallarbeiterverbande liegt es auch in den andern freien Gewerkschaften — drei Parteien gibt, deren Auswirkungen sich auch in den örtlichen Organisationen als besondere Fraktionen zeigen. Jede Richtung sucht möglichst viel Einfluss zu gewinnen, sich durchzusetzen, was natürlich zu dauernden Reibungen führt, auf die Dauer jede praktische gewerkschaftliche Arbeit unmöglich macht und schließlich zur Spaltung führen muß. In dieser Erkenntnis hat der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes auf seiner im Dezember abgehaltenen Tagung zu dem Vorgehen der Kommunisten Stellung genommen und in einer Entschliessung „es als unabwiesbare Pflicht der Verbände erklärt, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit andern die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital und verstoßen darum gegen die gewerkschaftliche

Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst."

Das heißt mit anderen Worten: Wer sich an der Bildung der kommunistischen Keimzellen beteiligt, fliegt hinaus aus dem Verbande. Es ist möglich, daß man auf diese Weise den kommunistischen Quertreibern einen Niegel vorgiebt; sicher ist es auch nicht. Die Gefahr einer Spaltung der freien Gewerkschaften aber ist auch im günstigsten Falle noch nicht abgewehrt, da der Wettbewerbskampf zwischen unabhängiger und mehrheitssozialistischer Richtung bestehen bleibt. Vor allen Dingen fortbauern aber und sicherlich noch verschärft werden wird der Kampf an den Arbeitsstellen in der Form des brutalsten Terrorismus. Und die wüsten Orgien wird der Terrorismus dort feiern, wo die örtlichen Instanzen den Zersetzungsbestrebungen der Kommunisten mit dem Ausschluß aus dem Verbande begegnen. Um die Massen für sich zu gewinnen, werden letztere ihre wilde Streittaktik fortsetzen, wobei sie vor keinem Gewaltmittel zurückschrecken. Die ruhigen Elemente werden wider ihren Willen in den Kampf hineingerissen und tragen nicht nur den unmittelbaren Schaden, sondern auch die Wirkungen eines immer mehr zerrütteten Wirtschaftslebens. Das Wertwürdige dabei ist, daß diese ruhigen Elemente in der überwiegenden Mehrheit sind. Trotzdem fügen sie sich dem Treiben der Radikalisten, meistens ganz unreifer und gewerkschaftlich gänzlich unbezogener Elemente. Auf die Frage: Warum? erhält man regelmäßig die Antwort: Ehe wir uns von den Burschen die Knochen zerschlagen lassen, sind wir ruhig und machen mit. Diesem Zustande muß endlich ein Ziel gesetzt werden. Die besonnenen Arbeiter dürfen sich diese Gewalttate nicht länger gefallen lassen, sondern müssen das Joch abschütteln, das ihnen von einer kleinen Minderheit aufgezerrt wird. Durch fortwährendes Nachgeben und Sichfügen wird der Uebermut und der Nachzügel der Kommunisten immer größer. Sie bilden sich schließlich ein, daß sie tatsächlich allen Arbeitern ihren Willen diktieren können. Also je früher, desto besser mehr Rückgrat! Wenn die Arbeiter, denen das Treiben kommunistischer Radikaler und Hezer über ist, zusammenhalten und gegen den von ihnen geübten Terrorismus entschiedene Front machen, dann werden die Herren Radikalisten schon etwas zurückhaltender werden. Sie brauchen nur einige Male zu spüren, daß der übergroße Teil der Arbeiterschaft sich ihre Diktatur nicht länger gefallen lassen will, und ihre Tyrannei ist gebrochen.

Von Grund aus können diese widervärtigen Erscheinungen aus der Arbeiterbewegung nur ausgeremert werden, wenn man strenger, als es bisher gesehen ist, Partei und Gewerkschaft auseinander hält. Die Verquickung beider hat zu dem jetzigen Zustande geführt, nur ihre völlige Trennung kann zur Gesundung der Verhältnisse führen. Ob eine solche Gesundung jetzt, wo der Zersetzungsprozeß schon so weit vorgeschritten ist, noch ohne Spaltung der Gewerkschaftsbewegung möglich ist, will uns freilich fraglich erscheinen. Deutlich aber muß jeder, der sich die Unbefangtheit des Urteils bewahrt hat, aus all diesen Vorgängen erkennen, wie richtig der Standpunkt der Deutschen Gewerksvereine ist, die stets den Grundsatz der Neutralität nicht nur im Kunde

geführt, sondern durch die Tat befolgt haben. Möge diese Erkenntnis die Kollegen in ihrer Werbetätigkeit stärken und ein Ansporn sein, diese Erkenntnis auch in die Kreise unserer Gegner hineinzutragen!

Auch ein Sozialisierungsvorschlag.

Während Regierung, Sozialisierungskommission, Reichstag und Reichswirtschaftsrat noch immer nach der zweckmäßigsten Form der Sozialisierung des Bergbaues suchen, tritt die kommunistische „Freie Arbeiter-Union“, Gelsenkirchen, mit einem fertigen Vorschlag auf den Plan. Dieser Vorschlag sieht, wie wir der „Bergarbeiter-Zeitung“, dem Organ des alten Bergarbeiterverbandes, entnehmen, u. a. vor:

1. die Enteignung des Kohlenbergbaues und Ueberführung in Gemeinbesitz ohne Entschädigung;
2. jedes Bergwerk arbeitet auf eigene Rechnung, bleibt selbständige juristische Person und schließt Geschäfte ab nach den allgemeinen vermögensrechtlichen Bestimmungen;
3. die Betriebsüberschüsse werden verwandt zur Bestreitung der Kosten für die Verwaltung sowie der Kontrollstellen, von den Generälen bis zur Reuenerkommission, außerdem zur Lohnaufbesserung und Herabsetzung der Kohlenpreise;
4. die Bergwerke dürfen auch nicht vom Bundesstaat oder vom Reich verpfändet werden, sie sind frei von Lasten und müssen es auch für alle Zukunft bleiben; die Betriebsüberschüsse dürfen nicht besteuert werden, dagegen muß das Reich die eventuell notwendigen Zuschüsse zahlen;
5. eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Reuenerkommission als oberste Instanz der gesamten Kohlenwirtschaft, an deren Sitzungen die Regierung mit beratender Stimme teilnehmen kann.

Zur Durchführung der Sozialisierung müssen nach Ansicht aller Sachverständigen nicht nur die in Frage kommenden Betriebszweige, sondern auch die Menschen dafür reif sein. Daß dies bezüglich der Führer der „Union“ nicht der Fall ist, beweist ihr Vorschlag, den ernstlich zu diskutieren ihm eigentlich zu viel Ehre antun heißt. Für die grundsätzlichen Gegner jeder Sozialisierung bietet er dagegen ein gesundes Pflaster. Man lese nur die im Dienste der Kohlenmagnaten stehenden Blätter und wird erkennen, welchen Schaden solche Ideen der Sache der Arbeiterschaft zufügen. Abgesehen von der verfassungswidrigen Enteignung der Bergwerke usw. ohne Entschädigung, ist der Kern des Vorschlages, daß die privatkapitalistische Wirtschaft lediglich eine etwas andere Grundlage erhält. Das Szepter über die gesamte Kohlenwirtschaft schwingt die Reuenerkommission, ausgestattet mit diktatorischen Vollmachten; jedes Bergwerk wirtschaftet für sich. Ein nettes Neben- und Durcheinander! Die Regierung erhält lediglich das Recht, an den Sitzungen der Reuenerkommission mit beratender Stimme teilzunehmen. Sie hat also nichts zu sagen. Auch jede Steuer an das Reich wird abgelehnt; nicht einmal Betriebsüberschüsse dürfen besteuert werden. Werden Ueberschüsse nicht erzielt und Zuschüsse erforderlich, dann allerdings muß das Reich zahlen.

haben. Werbe- se Gr- hincin- lag. ommiss- immer- ierung- tistische- einem- tschlag- dem- ent- und- ntshä- nung- und- n ver- t zur- altung- echen- erdem- der- undes- n, sie- h für- schüsse- muß- Ju- usge- stung- deren- ender- üffen- ie in- die- glich- be- deren- die- rietet- nur- oben- olche- Ab- ung- der- ische- und- mte- ion,- des- en- dig- om- ter- Be- den- ich.

Was den Bergarbeitern recht ist, das ist den andern Arbeitern natürlich billig. Konsequenterweise müßten also, wenn andere Betriebszweige sozialisiert werden, auch diese von Abgaben verschont bleiben, während das Reich jedes Risiko übernehmen müßte. Ein idealer Zustand! Es fragt sich nur, wo die Mittel herkommen sollen, die das Reich braucht. Oder will man auf jede staatsliche Ordnung verzichten?

Für jeden denkenden Menschen genügen solche kurzen Andeutungen, um den ganzen Widerfinn dieses Sozialisierungsvorschlages aufzuweisen. An der Durchführbarkeit des Planes scheinen aber auch der „Union“ selbst erhebliche Bedenken aufzusteigen. Auch sie hält offenbar die Menschen für solche Ideen nicht für reif, sonst könnte sie nicht wörtlich weitere folgende Vorschläge machen:

„Alle bisher in den von der Enteignung betroffenen Betrieben tätigen Angestellten, in erster Linie die geistig selbständig Arbeitenden, sind verpflichtet, auf ihrem Posten zu verharren und ihre Obliegenheiten im Rahmen der durch die neue Ordnung zu erlassenden Direktiven treu und gewissenhaft zu erfüllen . . .

In Anbetracht des ungeheuren Ernstes der durch die Umgestaltung geschaffenen Situation und der mit einer Dienstverweigerung dieser Angestellten verbundenen schweren Gefahren für das gesamte Wirtschaftsleben ist jeder Widerstand der in Ziffer 1 bezeichneten Tat als Sabotage zu betrachten und mit schweren Freiheitsstrafen zu belegen. Als Sabotage ist ferner passiver Widerstand ebenso anzusehen wie eine unter den bisherigen Umständen nicht zur Schau getragene Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit in der Ausführung der den Betroffenen zugewiesenen Dienstobliegenheiten.“

„Zur Verhinderung etwa beabsichtigter Abwanderung von Fachbeamten und -angestellten ist für die Dauer der Uebergangsperiode eine langfristige Kündigungszeit festzulegen. Provokatorische Erregung und Entlassung und der Versuch hierzu fällt unter den Begriff Sabotage. Für Entlassungen aller Art muß als Regel gelten, daß zuvor gleichwertiger Ersatz bereit gestellt ist. Jede Art der Aufreizung und Verleitung zum Verstoß gegen diese Vorschriften ist wie die Tat selbst zu ahnden.“

Das heißt mit andern Worten: In den nach dem Muster der „Union“ sozialisierten Betrieben gibt es weder ein Streikrecht, noch Freizügigkeit. Wird davon Gebrauch gemacht, dann hagelt es Freiheitsstrafen, aber auch schon bei passiver Resistenz, bei Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit. Man wird also der „Bergarbeiterzeitung“ Recht geben müssen, wenn sie sagt, daß an die Stelle der kapitalistischen Lohnarbeit die Sklaverei gesetzt wird, daß die Strafandrohungen einem Sklavenshalter alle Ehre machen. So also sieht die Glückseligkeit aus, die der Arbeiterschaft unter kommunistischer Herrschaft harzt, und solchen Phantomen jagt ein immerhin nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen

Arbeiterschaft nach! Und um dieses Sklavenlos-tragen zu können, muß die heutige Wirtschaft erst in Stücke geschlagen werden. Russische Zustände sollen geschaffen werden, die doch schließlich wieder zur festeren Fundierung des Kapitalismus, allerdings des ausländischen, führen. Auch die Strafen sehen den russischen verteuert ähnlich. Wie könnte das auch anders sein, da die deutschen Kommunisten tanzen müssen, wie die russischen pfeifen! Vielleicht hat der „großzügige“ Sozialisierungsvorschlag der „Union“ das Gute, daß er weiteren Kreisen der Bergarbeiterschaft zeigt, zu welchem Ziel der kommunistische Kurs steuert und daß die kommunistischen Ideen weder zum wirtschaftlichen Aufstieg noch zu wirklicher sozialer Freiheit führen können.

Soziales.

Sonderbeihilfen für Renteneempfänger. Zur Milderung der ängstigen Not der Renteneempfänger wird diesen mit Wirkung vom 1. Januar d. J. zu den bisher bewilligten Zulagen eine neue Beihilfe gewährt, auf Grund eines Reichstagsbeschlusses vom 18. Dezember, der die Zustimmung des Reichsrats gefunden hat. Die neue Beihilfe beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waißrenten monatlich 40 M., für Empfänger einer Waißrenten monatlich 20 M., so daß künftig im ganzen neben den eigentlichen Renten an Invaliden- oder Altersrentner 70 M., an Witwen- oder Waißrentner 55 M. und an Waißrentner 30 M. monatlich Zuschuß gezahlt werden.

Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe werden die Beiträge zur Invalidenversicherung zum doppelten Geldwert berechnet und auch die Versicherungsmarken für den doppelten Nennwert verkauft. Nur die Zusatzmarken werden zum bisherigen Werte abgegeben. Bei Erstattung und Umtausch von Beiträgen wird ebenfalls der einfache Geldwert zugrunde gelegt.

Novelle zur Reichseinkommensteuer. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. 3. 1920 zugegangen, der bezweckt, den verteuerten Lebensverhältnissen und der fortgeschrittenen Geldentwertung Rechnung zu tragen, daneben durch technische Verbesserungen einen ordnungsmäßigen Eingang der Einkommensteuer zu gewährleisten. Der von den Lohnempfängern oft erhobenen Beschwerde, daß sie den größten Teil ihrer Einkommensteuer in Form des Lohnabzuges vorweg entrichten müßten, während die freien Berufe und Gewerbetreibenden erst nach Jahresende ihre Steuern zu zahlen brauchten, sucht die Novelle in zweifacher Hinsicht abzuheben. Einmal wird der Veranlagungszeitraum mit dem Zeitraum des Einkommensbezuges möglichst eng zusammengelegt. Die Veranlagung erfolgt nicht mehr, wie bisher, für das folgende Rechnungsjahr, sondern für das mit dem Kalenderjahr einherlaufende Rechnungsjahr. Das hat zur Folge, daß mit der Veranlagung und Erhebung der Steuer sofort begonnen werden kann, sobald das Kalenderjahr zu Ende ist, sobald also feststeht, was der Steuerpflichtige in dem vorausgegangenen Jahre verdient hat. Zum anderen sollen künftig ganz ähnlich wie beim Lohnabzug auch die freien Berufe und Gewerbetreibenden den wesentlichsten Teil, wenn nicht ganzen Betrag ihrer Einkommensteuer vorerzichten. Sie sollen nach Maßgabe der jeweiligen letzten Veranlagung alle Vierteljahre

nicht an Putsch! Ruhe und Besonnenheit! sind in dieser Zeit notwendiger denn je, lehnt jede wilde Streikbeteiligung ab. Folgt nur den gewerkschaftlichen Organisationen.

Deutscher Bergarbeiterverband, Bochum, gez. Kusemann.

Bergarbeiter Deutschlands, gez. Imbusch.

Polnische Berufsvereinigung, gez. Kolpaki.

Bergarbeiter, Abt. Bergarbeiter, gez. Schmidt.

Allen Anschein nach hat der Aufruf seine Wirkung nicht verfehlt. Die Bergarbeiter sind nicht auf den kommunistischen Lein gegangen, und auch sonst scheint die Bewegung im Hamborner Revier im Abflauen begriffen zu sein. Schließlich muß die Vernunft doch siegen!

Der Konflikt zwischen Afa und Deutschem Bergarbeiter-Verband, über den wir voriges Mal berichtet haben, zieht weitere Kreise. Eine Klärung ist nicht erfolgt. In ihrer Nr. 1 vom 1. Januar veröffentlicht die „Bergarbeiter-Zeitung“ den Schriftwechsel zwischen den beiderseitigen Vorständen, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen und scharf erkennen läßt, wie groß die Gegensätze sind. Seitens des Bergarbeiter-Verbandes wird für das laufende Jahr vorläufig die Beitragzahlung zur Afa verweigert, weil es noch ungewiß ist, ob der Bergarbeiter-Verband bei der Afa bleibt. Den Stein des Anstoßes bildet der Vorstoß der letzteren, Aufhäuser, dem der Vorwurf gemacht wird, daß er kraft seines suggestiven diktatorischen Willens die Afa völlig in das Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hinüberführen will. Deshalb wird vom Bergarbeiter-Verband für die nächste Vertreterversammlung förmlich beantragt, darüber zu entscheiden, „ob entweder Aufhäuser die Afa-Geschäfte weiterführen oder der Bergarbeiter-Verband aus der Afa ausscheiden soll. Bei Bejahung der ersten Frage ist unser Ausschreiben gleichzeitig mit entschieden.“

Das ist eine deutliche Sprache, die zeigt, wie sehr sich die Gegensätze zugespitzt haben. Als eine beachtenswerte Stimme in diesem Meinungsstreit möchten wir den Landtagsabg. Rich. Boldt zu Worte kommen lassen, der sich in einem besonderen Artikel mit der Krisis beschäftigt, darin die parteipolitische Lätigkeit Aufhäusers ebenfalls scharf kritisiert und zu dem Ergebnis gelangt:

„In die gleiche Zwangslage kommt auch der Deutsche Bergarbeiter-Verband, der der „Afa“ angeschlossen ist. Der Vorstand weigert sich, den Kurs von Aufhäuser und Genossen mitzumachen. Der Deutsche Bergarbeiterverband kann das auch nicht. Er kann es nicht auf Grund seines Menschenmaterials. Dieser Verband hat eigentlich erst in den letzten zwei Jahren eine konsequente gewerkschaftliche Zielrichtung sich geben können. Nicht kommt es darauf an, wie man sich ein Menschenmaterial wünscht, sondern wie es ist, und wie es nur sein kann. Es ist wahr, der Sozialismus hat auch diese Kreise stark

erfaßt, aber eine Ueberspannung in der politischen Radikalisierung, ein gedanklicher Umstellungsprozeß, der nur auf Stimmungen des Tages sich gründen soll und nicht in ruhiger Erziehungsarbeit sich auswirken kann, würde genau so in sein Gegenteil umschlagen, wie das in der Führung von Aufhäuser bei den Technikern heute sichtbar genug schon in die Erscheinung tritt.

Das ist die Situation, wie wir diese Dinge als Außenstehende jetzt in der Öffentlichkeit zu betrachten haben. Es besteht die Gefahr, daß die „Afa“ auseinanderfällt, natürlich zum Schaden der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. Und auch die Arbeitergewerkschaften haben ein Interesse daran, ob die Angestellten in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit erstarren oder durch eine linksradikale Agitation parteipolitisch zerfetzt werden.“

Bisher haben solche Hinweise, so autreffend und richtig sie auch sind, auf radikale Heißsporne keinen Eindruck gemacht. Man darf also gespannt sein, wie die Lösung des Konfliktes vor sich gehen wird.

Aus dem Auslande.

Eine Zunahme der Kinderarbeit läßt sich nach den staatlichen und gemeindlichen Zählungen in den westlichen Vereinigten Staaten feststellen. Ausgenommen sind die Staaten Missouri, Kansas und Norddakota. Seit 1919 hat sich die Zahl der arbeitenden Kinder um 4000 vermehrt; in Minnesota hat sie sich verdoppelt, in Texas um 10 Prozent vermehrt. Als Grund für die Mehrbeschäftigung von Kindern werden die Lebensmittelverteuerung und das Steigen der Löhne für Erwachsene angegeben. Auch soll stellenweise ein Mangel an erwachsenen Arbeitern herrschen. Dieser letzte Grund steht jedoch im Widerspruch mit den Nachrichten von steigender Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

Amerikanische Antistreikgesetzgebung. Nach der „Federated Press“ nahm der Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 20. Dezember v. J. in Abwesenheit von noch nicht zwanzig seiner Mitglieder ohne jede Diskussion ein Gesetz zur Verhütung von Streik und Streikagitiation bei Eisenbahnen und verwandten Industrien an. Das Gesetz bedroht mit Geldstrafe bis zu 10000 Dollars und Gefängnis bis zu 10 Jahren den Versuch, in irgend welchem Lohnverhältnis zu irgend einer Eisenbahngesellschaft stehende Personen zur Aufgabe ihrer Arbeit zu veranlassen, wobei es gleichgültig ist, ob der Versuch durch Wort oder Schrift oder andere Mittel gemacht wurde. Auf Gewaltanwendung gegen arbeitende Personen droht das Gesetz 15000 Dollars oder 15 Jahre Gefängnis an. Ebenso werden Sachbeschädigungen an rollendem Material oder an seiner Herstellung, Ausbesserung, Beförderung, Lagerung und Benutzung dienenden Werkzeugen und Materialien geahndet.

Das Gesetz soll auch auf die Bergarbeiter angewandt werden, mit der Begründung, daß die Kohlenversorgung für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes notwendig ist.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika nimmt einen immer größeren Umfang an. Wie eine Suche greift sie von einem Staat auf den andern über, und kaum ein Industriezweig ist von ihr verschont

Vorauszahlungen auf die spätere Steuerschuld leisten, welche dann, wie beim Lohnabzug, auf die endgültige Steuerschuld nachher verrechnet werden. Ferner sucht die Novelle die steuerliche Belastung namentlich der Lohn- und Gehaltsbezieher dadurch zu mildern, daß sie das steuerfreie Existenzminimum für die Angehörigen des Steuerpflichtigen von durchschnittlich 500 Mk. auf 1000 Mk. heraufsetzt.

Endlich will der Gesetzentwurf auch der Notlage der Kleinrentner und Pensionäre mehr als bisher Rechnung tragen. Bei Einkommen bis 7500 Mk. soll die Kapitalertragsteuer nicht mehr wie bisher zu dreiviertel, sondern ganz erlassen werden. Auch werden die Verstümmelungszulagen, Pflegezulagen, Schwerbeschädigtenzulagen usw. jetzt bis zum Betrage von 5000 Mk. (anhalt bisher 2000 Mk.) von der Steuer freigelassen. Im Hinblick darauf, daß die endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich in vielen Fällen die bereits durch Lohnabzug oder sonst im voraus entrichtete Steuer übersteigen wird, soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, für diese Fälle besondere Erleichterungen zu gewähren.

Internationale Streikstatistik. Aus London kommt eine Statistik, die einen Überblick über die Streikbewegung in den verschiedenen Ländern in der ersten Hälfte des vorigen Jahres gibt. Mögen auch die angeführten Zahlen vielleicht im einzelnen Ungenauigkeiten enthalten, im großen Ganzen werden sie die Situation richtig wiedergeben. Die Statistik gibt folgende Zahlen an:

	Streikende	Durch Streik verlorene Arbeitstage
Deutschland	1 866 350	18 201 660
Italien	1 781 230	21 650 200
Frankreich	1 186 670	19 358 100
Schweden	180 070	4 779 170
Spanien	224 700	11 630 100
England	117 040	6 925 900
Vereinigte Staaten	958 700	11 787 400
Australien	203 400	7 802 000
Belgien	176 940	2 090 440
Oesterreich	97 540	902 900

Es sind also weit über 100 Millionen Arbeitstage durch das Streiken von annähernd 7 Millionen Arbeiter verloren gegangen, wobei bemerkt werden muß, daß die Statistik nur Streikbewegungen mit wirtschaftlichem Charakter umfaßt. Die Not der Arbeiter ist durch den Krieg international geworden. In den Siegerländern brüllt sie ebenso wie in denen der Besiegten.

Konfusionskrise. Das Leipziger Gewerkschaftsbartell gibt eine Betriebsrätezeitung heraus, die in ihrer Nummer vom 1. Januar aus Leipziger Betrieben folgendes Stückchen erzählt:

„Grundsatzfestigkeit. Ein Syndikalist wurde in einem Betriebe freistlos entlassen, da er den Direktor mit Erschießen und andern Freundschaften bedrohte. Er lehnte es ab, den Betriebsrat anzurufen, da dieser eine gesetzliche Körperschaft sei. Wegen diesem Konfusionsisten stand die Belegschaft einige Tage im Streik und nahm erst dann die Arbeit wieder auf, als sie sich von der Erfolglosigkeit dieses Mittels überzeugt hatte. Darauf ließ dieser „revolutionäre Kämpfer“ zu einer andern gesetzlichen Körperschaft, nämlich

zum Schlichtungsausschuß, und klagte auf Wiedereinstellung. Durch Schiedsspruch vom 26. November 1920 wurde das abgelehnt. Es geht doch nichts über Grundsätze!“

Man kann im Zweifel sein, wen man mehr bedauern soll: den „prinzipienfesten“ Syndikalisten oder die seinetwegen streikenden Arbeiter. Und mit solchen Leuten soll sozialisiert werden! Solche Gelden ahnen nicht, wie sehr sie die Achtung vor der Arbeiterschaft herabdrücken. Das ist die einzige Entschuldigung für ihr unverantwortliches Handeln.

Arbeiterbewegung.

Eine Warnung vor wilden Streiks haben vor einigen Tagen die vier Bergarbeiterorganisationen gemeinsam veröffentlicht. Den Anlaß dazu hat ein Streik in dem stets unruhigen Hamborner Revier gegeben, der zur Schließung der Thyssenhütte führte. Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten benutzen diese Gelegenheit, die Bewegung weiter auszuweiten und politische Ziele damit zu erreichen. Um die Bergarbeiter vor unüberlegten Schritten zu bewahren, ist folgender Aufruf erlassen:

Unverantwortliche gewissenlose Elemente versuchen augenblicklich die Bergarbeiter in einen angeblichen Sympathiestreik zu heben. Die Arbeiter der Thyssenhütte in Hamborn sind zunächst durch unverantwortliche Personen in den Streik getrieben worden, der von den maßgebenden Gewerkschaften nicht gebilligt ist. Jetzt sollen die Bergarbeiter folgen, Not und Elend sollen in noch größerem Maße in die Arbeiterfamilien eingehen, nur um die politischen Absichten jener Leute zu erfüllen. Die unglaublichesten Gerüchte werden von jener Seite verbreitet, um mit aller Gewalt die Bergarbeiter in den Ausstand zu treiben. Bald sollen die gesamten Eisenbahnen still liegen, bald soll die Einführung der verlängerten Schichtzeit beabsichtigt sein. Ja, es wird sogar behauptet, daß die unterzeichneten Bergarbeiterverbände einer Verlängerung der Schichtzeit zugestimmt hätten. Das ist nicht wahr, Kameraden! Laßt Euch nicht täuschen. Die Absichten jener dunklen Ehrenmänner sind zu durchsichtige. Nicht auf wirtschaftliche Besserstellung der Bergarbeiter kommt es jenen an, jede praktische Arbeit überläßt man gern andern. Kameraden! hört auf Gure gewerkschaftlichen Organisationen. Lehnt grundsätzlich ab, in einen Streik einzutreten, der nicht von den gewerkschaftlichen Verbänden veranlaßt ist. Wie die Unterzeichneten in allen Wirtschaftsfragen die Interessen der Kameraden bisher vertreten haben, so wird dies auch in Zukunft geschehen. Keine Arbeitsverlängerung wird eingeführt werden können, solange die Kameraden hinter den Organisationen stehen. Kameraden! behaltet Ruhe und Würde. Beteiligt Euch

gelieben. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Amerika beträgt nach der Federated Press schon über eine Million. Im Osten des Landes sind 350 000 Textilarbeiter ohne Beschäftigung, in New-York 80 000 Tucharbeiter. In dem Zentrum der Seidenwebereien von New-Yersey haben nur 10 Prozent Beschäftigung, und diese erhalten gekürzte Löhne. Auch die Baumwoll- und Wollfabrikarbeiter in ganz Neu-England sind von Kündigungen betroffen.

In Cleveland ist mindestens 100 000 Mann, d. h. einem Drittel der gesamten dort ansässigen Arbeiterschaft gekündigt worden. In Detroit haben 75 000 Mann plötzlich ihre Beschäftigung verloren. Vier Fünftel der in normalen Zeiten in der Holzindustrie tätigen Arbeiter sind beschäftigungslos. Auch in der Metallindustrie haben viele Arbeiter ihre Kündigung erhalten, wobei angenommen werden darf, daß man ihnen bald nachher wieder Beschäftigung mit einer 25prozentigen Lohnkürzung anbieten wird.

Ueber die amerikanische Konsumgenossenschaftsbewegung werden in deutschen Zeitungen bisweilen Schilderungen veröffentlicht, die — amerikanisch anmuten. Wenn man ihnen Glauben schenken dürfte, dann wären die Vereinigten Staaten geradezu von einer Konsumgenossenschaftlichen Springflut befallen, und es eröffnen sich die berühmten „unbegrenzten Möglichkeiten“. Wer die begrenzten Möglichkeiten kennt, steht all solchen Sensationsnachrichten skeptisch gegenüber. Gerade in Amerika hat die Konsumgenossenschaftsbewegung mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Kenner der Verhältnisse, Dalton J. Clarke, gibt in den „Co-operative News“ zu, daß die Vereinigten Staaten in den letzten 80 Jahren geradezu „ein großer Kirchhof von Genossenschaften“ genannt werden könnten und daß erst in der letzten Zeit einige Besserung zu spüren sei. Als ärgsten Mangel bezeichnet er das fehlende Zusammenarbeiten der Genossenschaften. „Es besteht in Amerika keine genossenschaftliche Großhandelsorganisation, die imstande wäre, nicht nur die Konsumvereine zusammenzufassen, soweit ihre Kaufkraft in Frage kommt, sondern sie auch in den Bemühen der gewonnenen Erfahrung zu sehen. Jede einzelne Genossenschaft war so genötigt, nicht nur zu versuchen, sich selbst ganz und gar zu organisieren, sondern auch ihr eigenes Personal zu bilden und zu erziehen; und oft ging schon der Verein zu Grunde, ehe er es soweit gebracht hatte.“ — Auch in Amerika wird man nur durch Anwendung erprobter genossenschaftlicher Grundsätze und Erfahrungen zum Ziele gelangen.

Aus dem Verbands.

Wie man die Jugendbewegung nicht führen kann, das hat unsere Jugendabteilung in Königsberg erfahren müssen. Wie uns von dort mitgeteilt wird, hatte man sich, um das Rekrutierungsgebiet zu erweitern, dazu entschlossen, auch Mitglieder aufzunehmen, die den Tendenzen der Deutschen Gewerksvereine ablehnend gegenüberstanden. Am Laufe der Zeit hoffte man sie ganz für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Leider ist gerade das Gegenteil eingetreten. Diese Elemente benützen

ihre Anwesenheit dazu, parteipolitische Auseinandersetzungen zu entfesseln und für die unabhängigen und kommunistischen Ideen Propaganda zu machen. Daß da an ein ersprießliches Zusammenarbeiten nicht mehr zu denken war, liegt auf der Hand, und das Ende war die Auflösung der Jugendabteilung.

Der Vorgang lehrt, daß wir von vornherein peinlich darauf achten müssen, Politik von der Jugend fern zu halten, und nur solche jungen Leute aufnehmen dürfen, die sich dieser Beschränkung fügen wollen. Den Königsberger Freunden möchten wir den Rat geben, nach diesem Fehlschlag nicht gleich die Plinte ins Korn zu werfen, sondern zu versuchen, eine neue Abteilung ins Leben zu rufen mit denjenigen Mitgliedern, die sich als zuverlässig im Sinne unserer Satzungen erwiesen haben. Wird die Abteilung zuerst vielleicht auch klein sein, so haben wir doch einen Stamm, um den sich im Laufe der Zeit mehr Anhänger sammeln werden. Also nochmals frisch ans Werk!

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

Unternehmer und Arbeitnehmer in der neuen Wirtschaft. Von Anton Erkelenz, M. d. R. Verlag der „Silke“, G. m. b. H., Berlin NW. 40. Preis 5 M.

Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit. Von Gerhard Hildebrand. Verlag der „Silke“ G. m. b. H., Berlin NW. 40, Kronprinzen-Ufer 27. Preis 5 M.

Der Weg zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Vorschläge und Gedanken zu ihrer praktischen Durchführung. Von Steiger Georg Berner, Mitglied der Sozialisierungskommission. Industriebeamten-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 52. Preis einschl. Porto 3 M.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 mit den Ausführungsverordnungen. Erläutert unter besonderer Berücksichtigung des Betriebsrätegesetzes und des Reichsversorgungsgesetzes von Geh. Regierungsrat Dr. Oskar Weigert, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. 2. Auflage. Verlag der Volkischen Buchhandlung, Berlin W. 62, Rettelbedstraße 21. Preis 6,50 M., Karton 8,40 M.

Jahrbuch der Bodenreform. Vierteljahrshefte herausgegeben von A. Damaschke. Das 3. Heft des 16. Bandes enthält u. a. „Arbeitsrecht und Bodenrecht“ von Dr. Heinz Potthoff und „Die Bodenreform in der Gesetzgebung“ von Ministerialrat Krüger.

Das zweite Proletariat. Von Hans Schmidt-Leonhardt. Verlag von Theodor Weicher, Leipzig und Berlin. Preis gebunden 4 M.

Karten-Ausstellungen für Betriebsräte (Arbeiter, Angestellten und Beamtenräte). Der einzige, stets auf dem Laufenden bleibende, rasch unterrichtende, gemeinverständliche Berater. Unter Mitwirkung hervorragender Vertreter der Wissenschaft und des praktischen Wirtschaftslebens herausgegeben von Dr. E. A. Heber. Frankfurt a. M. Volkverlag für Wirtschaft und Verkehr. Stuttgart: 1920.